
Veröffentlichungsdatum: 31-10-2008



Eingestellt werden 173 Leute zusätzlich zwecks der schnelleren Behandlung der Projekte von Landwirtschaftsbauern, die sich um EU-Finanzierung bewerben, teilte der Minister Valeri Zvetanow nach der Tagung des Gesellschaftsrates zu der stellvertretenden Premierministerin Meglena Plugtschiewa mit, berichtete das Regierungspresseamt.

Es wird erwartet, dass die Einstellungsanzeigen für zusätzliches Personal vom Staatsfonds Landwirtschaft sehr bald veröffentlicht werden. Ein Teil des Personals wird als Taxatoren auf Zentralebene arbeiten, aber die meisten Experten werden in den regionalen Büros beschäftigt sein, um die Kapazität für Projektaufnahme zu verstärken besonders in Bezug auf die 3. Achse, die bald gestartet wird und in Zusammenhang mit der viele kleine Projekte erwartet werden.

Anlässlich des von Angel Angelow von der Nationalen Gesellschaft der Klein- und Mittelunternehmen vorgelegten Problems mit festgestellten erheblichen Verzögerungen bei der Evaluierung von Projekten im Sektor betonte Valeri Zvetanow, dass viele Anstrengungen für das Starten und die normale Funktionierung der Zahlungsagentur unternommen werden, die Gegenstand außergewöhnlicher Aufmerksamkeit sei.

Der stellvertretende Minister für Landwirtschaft und Lebensmittel Bърhan Abasow informierte die Mitglieder des Rates, dass das operative Programm für die Entwicklung des Sektors "Fischerei und Aquakulturen" am 11. November 2008 starte und Projekte im Rahmen der ersten drei offenen Maßnahmen aufzunehmen beginne, die Verordnungen zu denen wurden im Amtsblatt veröffentlicht. Die Teilnehmer an der Ratssitzung diskutierten noch den Vorschlag von Boschidar Boschinow über die Notwendigkeit von Änderungen in einer Verordnung des Ministerrates, die die Teilnahme einiger Vertreter des Geschäfts und der Nichtregierungsorganisationen in den Komitees für Überwachung von jedem operativen Programm regelt, was ein gleiches Verhältnis zwischen den Vertretern des Staates und des Geschäfts in den Komitees erlauben wird.

Weiterer Schwerpunkt der Diskussion war der Vorschlag, dass die Besteuerung mit Mehrwertsteuer und Gewinnsteuer der Mittel von den EU-Fonds und der mit ihnen abgeschlossenen Geschäfte ausfalle, sowie die konkreten Maßnahmen nach den einzelnen operativen Programmen zur Erhöhung ihrer Öffentlichkeit und Rechenschaft.

Auf der erweiterten Tagung des Gesellschaftsrates mit der Teilnahme von Ministern, stellvertretenden Ministern und Experten von den Ministerien, die operative Programme verwalten, wurden auch andere konkrete Änderungsanträge für Verbesserung der Verfahren bei der Ausfertigung, Aufnahme und Aufsicht der Umsetzung von mit EU-Mitteln finanzierten Projekten, wie auch Änderungen in den Vorschriften, die die Verwendung der EU-Mittel betreffen.